

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1946 bis 1956 Band 4

Das dreigeteilte Land: Ost-, Mittel- und Westdeutschland

Band 4/118: 27.01.1950 – 02.04.1950

27.01.1950

BRD: Bundeskanzler Adenauer erinnert am 27. Januar 1950 im Deutschen Bundestag an das deutsche Kriegsgefangenen-Problem und berichtet ausführlich über die in Jugoslawien zum Tod oder zu langen Haftstrafen verurteilten deutschen Offiziere (x026/90): >>... Besonders erschütternd sind die neuesten Nachrichten über das Schicksal der Kriegsgefangenen, die in Jugoslawien unter dem Vorwand von Untersuchungen über Kriegsverbrechen zurückgehalten worden sind. Diese Gefangenen sind bis zum Dezember 1949 in einem besonderen Lager interniert gewesen.

Wie aus einwandfreien Berichten hervorgeht, erfolgten Voruntersuchungen und Verhandlungen gegen diese Deutschen ohne Beachtung auch nur der elementarsten Rechtsgrundsätze. Es fanden Verhöre unter verschärften Bedingungen, verbunden mit Schlägen, Folterungen, Einzelhaft und Nahrungsentzug statt. Von Gewährung irgendeines Rechtsschutzes kann keine Rede sein.

Nach den neuesten, der Bundesregierung vorliegenden Nachrichten wurde die große Mehrheit der Gefangenen im Dezember vorigen Jahres in das Staatsgefängnis Mitrowitz übergeführt. Es besteht aber Grund zu der Annahme, daß fast alle deutschen Gefangenen inzwischen im Schnellverfahren zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt worden sind, wenn nicht in vielen Fällen sogar die Todesstrafe ausgesprochen ist. ...

Als Sofortmaßnahme wurde die Alliierte Hohe Kommission gebeten, die Aufschiebung der Vollstreckung etwa ergangener Todesurteile und die Aushändigung einer Namensliste sämtlicher Verurteilter mit den erkannten Strafen und der Untersuchungsgefangenen mit Angabe der Anklagepunkte zu erwirken.

Auf die besondere Eilbedürftigkeit der erbetenen Schritte ist die Alliierte Hohe Kommission ausdrücklich hingewiesen worden. Im übrigen ist der jugoslawischen Regierung auch auf anderem Wege das dringende Verlangen der Bundesregierung nach Freilassung dieser Kriegsgefangenen unterbreitet worden.

Sie werden verstehen, meine Damen und Herren, daß diese Vorgänge uns nicht zum Abschluß eines Handelsvertrages mit Jugoslawien ermutigen.

Lassen Sie mich ein Wort an die gesamte Weltöffentlichkeit richten: Hier handelt es sich um solche Vergehen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, daß die gesamte Öffentlichkeit auf der ganzen Welt sich dagegen empören muß.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet später über die politischen Maßnahmen Jugoslawiens, deutsche Kriegsgefangene gegen wirtschaftliche Vorteile zu entlassen (x130/244): >>Vielleicht erklärt sich hieraus, daß die Todesurteile an den Österreichern (1949/50) vollstreckt wurden, während man die deutschen Todeskandidaten zu Freiheitsstrafen begnadigte und schließlich (nach mehr als 3 Jahren, sobald man den Handelsvertrag abgeschlossen hatte) repatriierte. ...

... Die Offiziere von Werschetz sind amnestiert worden, sobald die Bundesrepublik Deutschland mit Jugoslawien einen Handelsvertrag abgeschlossen hatte, ... so daß der Folttertod der Werschetzer um so sinnloser gewesen ist.<<

31.01.1950

CSR: Tschechoslowakisch-nordamerikanisches Übereinkommen vom 31. Januar 1950 über die Zusammenführung von 20.000 Deutschen mit ihren Familienangehörigen in Westdeutschland (x004/356-357): >>... Am 26. Oktober 1949 bat die Bundesregierung die Alliierte Hohe Kommission der Überführung von 45.000 Deutschen und Volksdeutschen aus der CSR, Polen und den deutschen Gebieten unter polnischer Verwaltung zuzustimmen. Sie schätzte, daß 20.000 Personen aus der CSR und 25.000 Personen aus Polen und den besetzten deutschen Ostgebieten kommen würden. Zweck der Umsiedlung war, die betreffenden Personen mit ihren bereits in Westdeutschland durch die Aussiedlung im Jahre 1945 und 1946 ansässig gewordenen Angehörigen zusammenzuführen.

Der Rat der Alliierten Hohen Kommission stimmte diesem Ansuchen am 25.11.1949 zu und beschloß in der vierten Sitzung des Komitees für Flüchtlinge und Displaced Persons am 14.12.1949, den Briten die Führung der Verhandlungen mit den polnischen Behörden und den Amerikanern die Führung der Verhandlungen mit den tschechoslowakischen Behörden zu übertragen.

Am 31.1.1950 erzielten das Permit Office der Alliierten Hohen Kommission in Prag und ein Vertreter der Abteilung für verschleppte Personen der "Hohen US-Kommission" mit der tschechoslowakischen Regierung ein Übereinkommen über die technischen Einzelheiten bei der Umsiedlung der 20.000 in der CSR befindlichen Personen. Den Unterhandlungen wohnten auch Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes bei.

Dies ist der Text des Übereinkommens:

"Im Zusammenhang mit der Auswanderung aus der CSR im Zuge der Familienzusammenführung der bereits in Deutschland ansässig gewordenen Deutschen von 20.000 Personen deutscher Volkszugehörigkeit werden zwischen dem Permit Office der Alliierten Hohen Kommission einerseits und dem tschechoslowakischen Innenministerium andererseits folgende Verfahren und technische Einzelheiten festgelegt:

Allgemeines:

A. Daß die Auswanderung seitens der Betreffenden freiwillig ist und sich gemäß der tschechoslowakischen Auswanderungsbestimmungen vollzieht.

B. Daß hinsichtlich der Eigentums- und Vermögenswerte der Betreffenden die bestehenden Zollbestimmungen für Auswanderung aus der CSR angewandt werden.

2. Durchführungsbestimmungen:

A. Das Innenministerium wird dem Permit Office der Alliierten Hohen Kommission nach und nach Listen der betreffenden Personen (insgesamt 20.000) liefern.

B. Nach der Genehmigung werden diese Listen vom Permit Office der Alliierten Hohen Kommission dem Innenministerium zurückgegeben. Auf Grund dieser genehmigten Listen wird das Innenministerium wenigstens einen, ungefähr 400 Personen umfassenden Transport wöchentlich abfertigen, der über Furth im Wald nach Deutschland geleitet wird. Der erste Transport wird Mitte März 1950 stattfinden.

C. Das Permit Office der Alliierten Hohen Kommission wird für jeden Transport 6 Exemplare einer Liste anfordern, auf der Name, Geburtsdaten, Geburtsort und deutsche Bestimmungsorte jeder angeführten Person verzeichnet sind. Das Permit Office der Alliierten Hohen Kommission wird ebenso 2 ausgefüllte Zuzugsansuchen und 3 Paßbilder für jede in den Listen aufgeführte Person anfordern, außer für Kinder unter 16 Jahren, die in Begleitung ihrer Eltern reisen. Wo Kinder unter 16 Jahren allein reisen, sind für sie ebenfalls die notwendigen Unterlagen auszustellen.

D. Sowohl die Listen als auch die Gesuche sollen dem Permit Office der Alliierten Hohen Kommission wenigstens 4 Arbeitstage vor der vorgesehenen Abreise des Transportes vorliegen.

E. Nach Erhalt der Liste und der Gesuche wird der Permit Office der Alliierten Hohen Kommission provisorische Ausweise für jede aufgeführte Person ausstellen und wird die Liste für die Einreise des Transportes nach Deutschland bestätigen.

F. Wenigstens 24 Stunden vor planmäßiger Abreise des Transportes werden die vollständigen Unterlagen für jeden Transport dem Innenministerium zu übergeben sein. Unmittelbar nach dem Ausladen werden die tschechischen Züge nach der CSR zurückgehen.

G. Das Internationale Rote Kreuz wird den Aussiedelnden bei der Anfertigung der erforderlichen Unterlagen behilflich sein.

H. Technische Abänderungen dieser Bestimmungen können erst 14 Tage nach Übereinkunft in Kraft treten.

3. Hinsichtlich der Überführung von 25.000 Deutschen aus Polen und aus den polnisch besetzten Gebieten haben die Briten noch keinen endgültigen Bericht vorgelegt, obwohl inoffiziell bekanntgegeben wurde, daß mit den Transporten am 1.3.1950 begonnen werden wird. Sowie weitere Unterlagen vorliegen, werden sie bekanntgegeben.<<

02.02.1950

DDR: Die SED-Zeitschrift "Neue Berliner Illustrierte" berichtet am 2. Februar 1950 über die Entlassung von Häftlingen aus dem sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen (x126/-194): >>Ausreichend ernährt und gekleidet sind alle Insassen des Lagers. ... Die Rationen entsprachen der an die arbeitende Bevölkerung bis Dezember 1949 ausgegebenen (Lebensmittel-Karte 2) ...<<

08.02.1950

DDR: Am 8. Februar 1950 beschließt das ZK der SED ein "Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung", um die Verstaatlichung des Sports zu beschleunigen (x009/412).

Am 8. Februar 1950 wird das Ministerium für Staatssicherheit gegründet.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Staatssicherheitsdienst" (SSD bzw. STASI) in der SBZ (x009/420-421): >>Politische Geheimpolizei der SBZ. Schon Ende 1945 begann der Aufbau eines geheimen Polizeiapparates zur Verfolgung politischer Gegner des SED-Regimes, indem bei den Landes- und Kreisbehörden der Volkspolizei Kommissariate 5", kurz "K 5" genannt, gebildet wurden.

Ende 1946 wurde bei der Deutschen Verwaltung des Innern auch auf zentraler Ebene ein Referat "K 5" innerhalb der Kriminalpolizei errichtet, das politische Delikte als "Auftragsangelegenheiten der Besatzungsmacht" bearbeitete.

Parallel dazu entstand durch Beschluß der Deutschen Wirtschaftskommission vom 12.5.1948 ein "Ausschuß zum Schutz des Volkseigentums", dem die "administrative Kontrolle des gesamten Volkseigentums" übertragen wurde.

Beide Stellen wurden nach Gründung der "DDR" am 7.10.1949 zunächst zu der "Hauptverwaltung Schutz der Volkswirtschaft" im Ministerium der Innern (MdI) zusammengefaßt, danach durch Gesetz vom 8.2.1950 zu einem Ministerium für Staatssicherheit zusammengefaßt (MfS) verselbständigt. ...

Nach dem "Juni-Aufstand" in "Staatssekretariat für Staatssicherheit" umgewandelt und erneut dem MdI unterstellt. Seit November 1955 wieder MfS. Minister seit 1957: Erich Mielke als Nachfolger des in Ungnade gefallenen Ernst Wollweber. Im Februar 1957 hat das MfS die Bereitschaftspolizei, Deutsche Grenzpolizei ... an das MdI abgegeben.

Sitz des MfS: Berlin-Lichtenberg, Bezirksverwaltungen in allen Bezirkshauptstädten und im

Sowjetsektor Berlins; Kreisdienststellen in den Kreisen; Beauftragte in Industriebetrieben und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Bis 1954 waren allen Einheiten des SSD Instrukteure des sowjetischen MGB zugeteilt.

Arbeitsweise: Ermittlungs-, Untersuchungs- sowie Vernehmungsmethoden nach Vorbild des KGB; stützt sich in erster Linie auf Berichte seiner Geheimen Informanten (Spitzelwesen)

Der SSD hat sämtliche Lebensbereiche der SBZ gegen alle nichtsowjetischen Regungen und antikommunistische Gedanken geheimpolizeilich zu "sichern". Daneben betreibt er Spionage, Sabotage, Diversion (Ablenkung) und Zersetzung in West-Berlin, in der Bundesrepublik und zum Teil auch im westlichen Ausland.

Die "offensive" Tätigkeit des SSD obliegt der "Hauptverwaltung Aufklärung" (HVA) im MfS, die sich auf teils legale, teils illegale "Residenturen" (Spionageköpfe) stützt. Fiese "Residenturen" arbeiten konspirativ (d.h. streng verdeckt).

1. in den gesamtdeutschen Abteilungen aller Parteien und Massenorganisationen und Einrichtungen, die durch Kontakte auf dem Wege der Infiltration in die Bundesrepublik hinein wirken;

2. in der Wirtschaft und der technisch-militärischen Forschung außerhalb der SBZ.

Der SSD unterliegt keiner Kontrolle durch die Volkskammer ... Er ist lediglich der Form nach an die Sozialistische Gesetzlichkeit gebunden. Er verletzt sie häufig, wenn auch die bis 1954 festgestellten Vernehmungsmethoden (Licht-, Wasser- und Kältezellen, Verpflegungsentzug, schwere Mißhandlungen) selten geworden sind. Die erwünschten Aussagen erzielt der SSD nötigenfalls durch zermürbende Dauerverhöre.

Der Hauptabteilung V des MfS obliegen in der Zusammenarbeit mit der Hauptverwaltung VIII Planung und Durchführung von Verschleppungen aus dem Westen (Menschenraub).

SSD-Angehörige führen Militärdienstgrade und haben neben SSD-Ausweis auch Kripo-Ausweis und getarnte Papiere.

Stärke: etwa 13.000 Zivilkleidung tragende Offiziere, Unteroffiziere und Angestellte, einschließlich der 1.450 Angehörigen des MfS ohne das 3.000 Mann starke Wachregiment des MfS.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Ministerium für Staatssicherheit" - MfS – (x009/295): >>Zentralbehörde des Staatssicherheitsdienstes.

Der Minister (Generaloberst Erich Mielke) hat 3 Stellvertreter: die Generalmajore Otto Last, Otto Walter, Markus Wolf (sämtlich SED). - Der Hauptteil des Ministeriums für Staatssicherheit ist in Berlin-Lichtenberg.

8 Hauptabteilungen haben operative Aufgaben bei "Sicherung" der SBZ gegen alle freiheitlichen und nichtkommunistischen Bewegungen und Einflüsse.

I. Sicherung der Streitkräfte (NVA und Polizeitruppen);

II: Spionage-Abwehr;

III: Sicherung der allgemeinen Wirtschaft; ...

V: Kampf gegen verdächtige Vereinigungen;

VI: Sicherung der Schwerindustrie und Forschung;

VII: Sicherung der Volkspolizei;

VIII: Verkehrssicherung, Schutz leitender Staats- und Parteifunktionäre. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sowjetische Geheimpolizei "KGB" (x009/213): >>... Entstehungsgeschichte: In den Revolutionstagen wurde die Tscheka zur "Bekämpfung der Gegenrevolution und Sabotage" (Gesetz vom 5.9. und 2.11.1918) gegründet.

Am 6.2.1922 wurde die Tscheka in OGPU - Vereinigte Staatliche politische Verwaltung - umbenannt. Diese ging in dem Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten, dem NKWD auf (10.7.1934).

Am 3.2.1941 erfolgte die Abtrennung der eigentlichen Geheimpolizei und die Bildung des NKGB (Volkskommissariat für Staatssicherheit).

Im März 1946 Umbenennung in Ministerien: MGB = Ministerium für Staatssicherheit, wurde im März 1953 in das KGB umgewandelt; MWD = Ministerium für Innere Angelegenheiten. (Dies, zuletzt auf uniformierte Polizei und Paßwesen beschränkt, wurde als zentrale Behörde im Januar 1960 aufgelöst. Seine Aufgaben gingen an die Innenministerien der Gliedstaaten der Sowjetunion über).

Die Bedeutung des KGB hat seit Mitte 1960 wieder zugenommen. Nach Stalin ist die Geheimpolizei eine "Drohung an die Bourgeoisie, eine immer wachsame Wache der Revolution, das entblößte Schwert des Proletariats".

In der SBZ hat das KGB 3 Aufgaben:

Die Voruntersuchung in politischen Prozessen, die die Sowjetischen Militärtribunale an sich ziehen, die Beobachtung der zivilen Sowjetbürger in der SBZ und die Beobachtung der politischen Parteien und der Strömungen in der Bevölkerung.

Dazu dient ein Netz von Agenten und Spitzeln. (Das Verhältnis zum praktisch untergeordneten Staatssicherheitsdienst der SBZ ist teils durch Zusammenarbeit, teils durch Überwachung bestimmt). Die sowjetischen Mitarbeiter des KGB sind ausgewählte linientreue Bolschewisten und sowjetische Nationalisten. Die Brutalität ihrer Vernehmungsmethoden ist bekannt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das polizeiliche "Meldewesen" (x009/283-284): >>... Das polizeiliche Meldewesen wird zur besseren Überwachung der Bevölkerung besonders streng gehandhabt.

Die Möglichkeit, sich an 2 Orten anzumelden (2. Wohnsitz), besteht nicht. Jede - auch vorübergehende - Änderung des Wohnsitzes muß binnen 3 Tagen gemeldet und im Personalausweis eingetragen werden.

Neben der polizeilichen Meldung ist noch eine weitere Eintragung im Hausbuch notwendig. Dies gilt auch für vorübergehenden besuchsweisen Aufenthalt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Hausvertrauensleute" in der SBZ (x009/177): >>Durch die sowjetischen Militärbehörden unmittelbar nach der Kapitulation eingesetzte Vertreter von Hausgemeinschaften.

Sie waren für die vollständige Beteiligung der Hausbewohner an Aufräumarbeiten und Dienstleistungen für die Rote Armee verantwortlich. Später übernahmen sie die Verteilung der Lebensmittel und stellten die ersten politischen Zeugnisse für die Entnazifizierung aus.

Ihre Wahl durch die Hausbewohner und ihre Aufgaben wurden 1952 gesetzlich geregelt. Heute sind sie verpflichtet, alle Personen, die vorübergehend in ihrem Haus auf Besuch weilen, oder Hausbewohner, die auch nur kurzfristig verreisen, den örtlichen Polizeibehörden zur Registrierung zu melden, Versammlungen der Hausbewohner zu organisieren und unter Umständen dem SSD (Staatssicherheitsdienst) Auskünfte über politisch verdächtige oder geflüchtete Hausbewohner zu erteilen.

Von einer generellen Verpflichtung aller Hausvertrauensleute zur Spitzeltätigkeit für den SSD kann jedoch keine Rede sein.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das sogenannte "Hausbuch" in der SBZ (x009/176): >>An- und Abmeldung für Dauer- und Besuchsbewohner eines jeden Hauses in den Städten der SBZ, das vom Hausbesitzer oder Hausverwalter zu führen ist.

Dem zuständigen Polizeirevier sind die Eintragungen mitzuteilen. Soll angeblich nur allgemeines Meldewesen erleichtern, dient aber wesentlich der politischen Überwachung aller Reisenden und Umziehenden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Postzensur" in der SBZ (x009/333): >>Das im Art. 8 der Verfassung garantierte Postgeheimnis wird ständig

gebrochen.

Vielen Hauptpostämtern sind Kontrollstellen des SSD koordiniert. Mindestens 50 solcher Briefkontrollstellen des SSD, früher "Auffangstelle für anti-demokratischen Schriftverkehr", heute "Dienststelle 12" genannt, bestehen, die vor allem die aus dem Westen kommende und nach dort gerichtete Post kontrollieren.

Der Telefon- und Telegrafverkehr wird durch besondere Beauftragte der Post überwacht. Diese haben den Auftrag, verdächtige Sendungen dem SSD zuzuleiten.

Die Paketkontrolle wird durch das Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs durchgeführt. ...<<

BRD: Konrad Adenauer schreibt am 8. Februar 1950 an den Vorsitzenden der Hohen Kommission der Alliierten in Deutschland, John McCloy (x095/102-103):

>>Lieber Herr McCloy!

Heute finde ich in deutschen Zeitungen die Mitteilung, daß ein amerikanischer Sprecher anscheinend gestern folgendes erklärt hat:

"Dr. Adenauer habe bisher sehr wenig für eine gute Zusammenarbeit zwischen seinen Regierungsstellen und der gesamten Presse getan und dürfe sich heute nicht über das Echo wundern."

Anscheinend hat derselbe Sprecher von mir auch behauptet, daß ich in Oberhausen von einer "konstanten Boshaftigkeit" der Auslandspresse gesprochen habe.

Ich gestatte mir, Ihnen mitzuteilen, daß ich niemals eine derartige und ähnliche Äußerung getan habe. Ich darf diese Gelegenheit benutzen, um Ihnen meine gestrigen mündlichen Darlegungen schriftlich zu wiederholen.

Jede öffentliche Kritik alliierter Stellen an der Bundesregierung sollte tunlichst vermieden werden, weil sie das Ansehen der Bundesregierung und der Bundesrepublik in der deutschen Öffentlichkeit sehr beeinträchtigt.

Durch solche Kritik nützt man nur denjenigen, die entweder sagen, die Bundesregierung stehe vollständig unter der Herrschaft der Alliierten – siehe die Ostzone – oder aber nationalistischen Elementen. ...<<

09.02.1950

DDR: Nach einer Resolution der Pressekonferenz des Parteivorstandes der SED vom 9. Februar 1950 wird die Parteipresse zum "operativen Organ der Parteileitung".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Parteipresse" der SED (x009/322): >>Umfaßt das Zentralorgan der SED "Neues Deutschland" und 15 Organe der Bezirksleitungen der SED mit Lokalteilen für jeden Kreis.

Zur Parteipresse der SED sind auch die Tageszeitungen "Tribüne" des FDGB und "Junge Welt" der FDJ zu zählen.

Nach Lenins Worten "die schärfste Waffe unserer Partei" ... Als "Presse neuen Typus" lehnt sie den "verfluchten Nur-Journalismus" (d.h. Berufsjournalismus) ab, will vielmehr "die werktätigen Massen erziehen, ihr politisches Bewußtsein heben, sowie zum revolutionären Handeln führen".

Form und Inhalt der Parteipresse der SED sind ausschließlich nach diesen Gesichtspunkten gestaltet. Alle Redaktionen haben die gleiche Struktur. Die wichtigen Ressorts sind Parteileben (d.h. Anleitung der Parteimitglieder) und Propaganda (Vermittlung der marxistisch-leninistischen "Wissenschaft").

Die redaktionelle Gestaltung richtet sich nach dem Zentralorgan "Neues Deutschland" und den Weisungen der Abteilung "Agitation und Propaganda" des ZK der SED.

Jede Veröffentlichung in der Parteipresse der SED, gleichgültig, wer als Verfasser zeichnet, gilt als offizielle Verlautbarung. ...

Der Bezug der Parteipresse der SED ist für Parteimitglieder Pflicht; sie muß jedoch als amtli-

ches Mitteilungsblatt und aus Mangel an anderen Zeitungen von weiten Kreisen der übrigen Bevölkerung ebenfalls bezogen werden. ... Den Klagen über die Eintönigkeit der Parteipresse der SED wird mit dem Hinweis begegnet:

"Nichts ist interessanter, kühner, lebendiger, kritischer und schärfer als die konsequente Anwendung der marxistisch-leninistischen Publizistik" (Hermann Axen auf der Pressekonferenz des Parteivorstandes der SED am 9. und 10.2.1950).

Das Vorbild der Parteipresse der SED ist die sowjetische Presse.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Presse" in der SBZ (x009/335-336): >>Die Presse ist im kommunistischen Bereich eines der wichtigsten Mittel zur Massenbeeinflussung und zur Verbreitung der kommunistischen Ideologie.

Die gesamte Presse, über die eine Postzeitungsliste herausgegeben wird, ist Lizenzpresse. ... Zeitungslizenzen erhalten ausschließlich die SED, die Massenorganisationen und die durch die Blockpolitik gleichgeschalteten Parteien. ...

Zentrale Lenkungsinstanz ist die Abteilung "Agitation und Propaganda" des ZK der SED, nachgeordnete Instanzen sind das Presseamt beim Ministerpräsidenten, die Presseabteilung der zentralen Leitungen der Blockparteien und der Massenorganisationen und die entsprechenden Instanzen in den Bezirken. Die Einheit der Nachrichtenpolitik wird durch den ADN gewährleistet.

Von der in der Verfassung (Art. 9) proklamierten freien Meinungsäußerung kann keine Rede sein.

In der SBZ erscheinen 39 Tageszeitungen, davon 9 Tageszeitungen im Sowjetsektor Berlins. Die Höhe der Auflagen wird geheimgehalten. Die Gesamtauflage aller Zeitungen dürfte mehr als 4 Millionen Exemplare übersteigen. ... Bei den Auflagen der SED-Presse ist zu berücksichtigen, daß ganze Berufsstände zum Abonnieren von SED-Blättern verpflichtet sind und daß der Abonnementkreis der "bürgerlichen" Presse durch Papierzuteilung begrenzt wird. ...

Inhaltlich unterscheiden sich die Zeitungen kaum. Der Nachrichtenteil unterliegt in gleicher Weise wie die redaktionellen Meinungsäußerungen der zentralen Lenkung. Auslandsmeldungen dürfen nur vom ADN übernommen werden. ...

Ebenso wie die Tagespresse sind die Wochen- und Monatszeitschriften der Massenorganisationen gelenkt. Sogar die Fach- und Sportpresse usw. besitzt einen umfangreichen politischen und ideologischen Teil.

Das Fehlen von objektiven Nachrichten und der eintönige Stil und Inhalt der sowjetzonalen Presse begründen ein starkes Bedürfnis nach westlicher Publizistik.

Die Verbreitung westlicher Presse wird als Hetze gegen die "sozialistische Ordnung" aufgefaßt und mit Zuchthausstrafen bedroht. ...<<

14.02.1950

BRD: Die Briten liefern am 14. Februar 1950 den ehemaligen ostpreußischen Gauleiter Koch an Polen aus.

Erich Koch (1896 in Elberfeld/Wuppertal geboren) wird erst im März 1959 zum Tod verurteilt. Diese Todesstrafe (wegen Massenmord an polnischen Zivilisten) wandelt man jedoch später in lebenslängliche Haft um, da Koch nachweislich geisteskrank ist und deshalb nach polnischem Strafrecht nicht hingerichtet werden darf. Koch stirbt wahrscheinlich im Jahre 1986 (x030/207).

15.02.1950

DDR: Am 15. Februar 1950 treffen 2.200 deutsche Häftlinge aus dem sowjetischen Internierungslager Buchenwald in der sächsischen Strafanstalt Waldheim ein.

Ein Häftling berichtet später über die Ankunft im Zuchthaus Waldheim (x126/211): >>In verdrahteten Viehwagen unter schärfster Bewachung der Vopo (Volkspolizei), die mit Hunden, Pistolen, Karabinern, Maschinenpistolen und Scheinwerfern den Transportzug sicherte, trafen

wir am 15. Februar 1950 nachts im Zuchthaus Waldheim ein.

Als wir durch das Tor schritten, stürzten sich aus dunklen Ecken und Mauernischen Vopos auf uns, schlugen uns die Kopfbedeckungen herunter, entrissen uns Koffer und Aktentaschen und trieben uns mit Schlägen und Fußtritten in die Zellen. ...<<

Februar 1950

DDR: Das sowjetische Internierungslager Bautzen (mit etwa 5.400 deutschen Häftlingen) wird im Februar 1950 von der Volkspolizei übernommen.

Im sowjetischen Internierungslager Bautzen wurden insgesamt ca. 30.000 deutsche Gefangene inhaftiert (durchschnittliche Belegung: 7.000 Häftlinge). Von Mai 1945 bis Februar 1950 kamen hier etwa 12.000 Häftlinge um (x126/182). Die Toten wurden größtenteils in der Nähe des Lagers und des Dorfes Niederkaina in Massengräbern bestattet. Mindestens 4.000 Inhaftierte verschleppte man zur Zwangsarbeit in die UdSSR.

Das sowjetische Internierungslager Buchenwald bei Weimar wird im Februar 1950 aufgelöst. Die restlichen 2.200 deutschen Häftlinge werden von den DDR-Behörden übernommen und in das Zuchthaus Waldheim transportiert.

Im sowjetische Internierungslager Buchenwald wurden insgesamt ca. 32.000 deutsche Frauen und Männer inhaftiert (durchschnittliche Belegung: 10.000-12.000 Häftlinge).

Von August 1945 bis Februar 1950 kamen hier mehr als 12.000 Häftlinge um (x126/172-173). Die Toten wurden größtenteils am Südhang des Ettersberges oder beim Dorf Hottelstedt in Massengräbern bestattet. Mindestens 2.100 Inhaftierte verschleppte man zur Zwangsarbeit in die UdSSR.

Die 20jährige Eva F. (ehemalige BDM-Jungmädelführerin) berichtet über ihre Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/110): >>... Als im Februar 1950 das KZ Sachsenhausen aufgelöst wurde und wir der Volkspolizei der DDR übergeben wurden, sagte mir ein russischer Posten: "Bei deinen Deutschen wirst auch du das Weinen lernen!" Der Junge war ein Prophet!<<

Eva F. wird schließlich im Januar 1954 freigelassen (x126/110).

BRD: Im Rahmen der Entnazifizierung bearbeiten die deutschen Spruchkammern bis Februar 1950 über 6 Millionen Fälle, die wie folgt eingestuft werden (x118/197): >>1.667 Hauptschuldige, 23.060 Belastete, 150.425 Minderbelastete, 1.005.854 Mitläufer, 1.213.873 Entlastete und 4.000.000 Fälle von Jugendamnestie.<<

04.03.1950

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 4. März 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/106-110): >>4. März 1950. Die Menschlichkeit hat gestern wieder einmal an der Zonengrenze einen Sieg errungen. ...

Nach den zwischen Polen, der Tschechoslowakei und den westlichen Besatzungsmächten getroffenen Vereinbarungen sollen zunächst weitere 45.000 Deutsche, die noch in diesen Ländern wohnen und Angehörige in Westdeutschland haben, nach hier umgesiedelt werden. Gestern traf der erste Transport Männer, Frauen und Kinder auf dem noch im sowjetischen Besatzungsgebiet liegenden Bahnhof Arenshausen ein. ... Aber der britische Hohe Kommissar, General Robertson, wollte plötzlich nicht mehr.

... Die Engländer und Amerikaner wollen damit verhindern, daß Menschen in ihre Gebiete abgeschoben werden, die man in den bisherigen Ländern offenbar nicht "gebrauchen kann". Außerdem soll diese Umsiedlungsaktion, so heißt es in den Kommentaren der Alliierten, nicht dazu benutzt werden, um alle Deutschen ostwärts der Oder-Neiße-Linie auszuweisen. Sondern man will nur diejenigen Deutschen im Westen aufnehmen, die Verwandte hier haben und für die auch ein Unterkommen garantiert ist. ...

Währenddessen warteten auf dem Bahnhof Arenshausen, nur wenige Kilometer von Friedland entfernt, aber durch 2 Schlagbäume mitten in Deutschland schlimmer als durch eine interna-

tionale Grenze getrennt, die vielen, von der langen Fahrt übermüdeten Menschen, froren, bangten, hofften. Wird man uns aufnehmen? Dürfen wir in den Westen? Geben die Briten nach? Oder müssen wir wieder zurück? ...

Auf der westlichen Seite wurde weiter beratschlagt. Der niedersächsische Flüchtlingsminister, Pastor Albertz, fuhr an die Grenze, verhandelte am Schlagbaum mit den britischen Offizieren, versuchte sie umzustimmen, appellierte an die Vernunft und die Menschlichkeit. Er erklärte, daß es keinem Deutschen verwehrt werden könne, nach Deutschland zu wollen. ...

Seit dem frühen Morgen warteten Friedländer Omnibusse darauf, endlich nach Arenshausen fahren zu können. Jetzt fuhren sie einfach los. Entgegen der Anweisung. Ohne Befehl. Und dann kamen sie wieder zurück. Mit den ersten Umsiedlern. ...

Die da ankamen, zu Fuß das Niemandsland zwischen den Schlagbäumen durchschreiten mußten, während die Omnibusse das umfangreiche Gepäck brachten, waren Deutsche. ...

Aber sie hatten seit langer Zeit "offiziell" nicht mehr in ihrer Muttersprache gesprochen. Es kamen Kinder an der Hand der Eltern, die nicht ein Wort deutsch verstanden und von der Heilsarmee verschenkte Apfelsinen für "schöne bunte Kartoffeln" hielten. Die Mütter mußten übersetzen. Es war erschütternd ...

Wie eng waren Glück und Schmerz gestern beisammen. Einer der Männer des Transportes hatte seit mehr als 4 Jahren zum letzten Mal etwas von seinen Angehörigen vernommen. Kaum einige Stunden im Lager, hielt er vor Rührung weinend die genauen Adressen in Händen ... Nicht mehr lange, dann war er wieder bei der Familie.

Zu sehr gefreut hatte sich der alte Herr, der kurze Zeit nach dem Überschreiten der Zonengrenze tot zusammenbrach. Die Aufregungen der letzten Wochen waren zu viel für ihn. Vergebens wird irgendwo im Westen jemand warten. Dieser alte Mann hat ausgelitten. Für die letzte Ruhestätte braucht niemand eine Einreisegenehmigung. Der Flüchtlingsfriedhof beim Lager Friedland wird ihn aufnehmen.

Nach einer Mitteilung der Lagerleitung sind diesem ersten Transport aus Polen auffällig viele alte und alleinstehende Leute angegliedert worden. Facharbeiter hält man gern zurück. ...

... 35 % der Kinder leiden an schweren Mangelschäden, mindestens 5 % an schwerer Dystrophie. Bei 58 Männern und Frauen wurden Herz- und Lungenerkrankungen festgestellt. ...

Im übrigen wurden sämtliche Umsiedler in "Fälle" aufgeteilt. ... "A-Fälle" sind solche Leute, die beim Ehepartner oder Verwandten gerader Linie Aufnahme und Unterkunft finden können. Zu "B-Fällen" werden Umsiedler gezählt, die bei Verwandten einen Unterschlupf erhalten. Schlechter sind die "C-Fälle" dran. Sie haben niemanden hier in den Westzonen oder wissen nicht, wo ihre Verwandten oder Familien leben. Diese Umsiedler müssen "irgendwo eingewiesen werden".

Wie man hört, werden Hamburg und Schleswig-Holstein keine B- und C-Fälle aufnehmen. Denn alle westdeutschen Bundesländer haben Vertreter nach Friedland geschickt, die die Umsiedler "übernehmen" sollen. ...<<

10.03.1950

DDR: Das letzte sowjetische Internierungslager, das Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg, wird am 10. März 1950 aufgelöst. Rd. 5.700 deutsche Häftlinge transportiert man in die Zuchthäuser Hoheneck-Stollberg, Torgau und Waldheim.

Im sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen wurden insgesamt ca. 50.000 deutsche Frauen und Männer inhaftiert (durchschnittliche Belegung: 12.000-16.000 Häftlinge).

Von August 1945 bis März 1950 starben hier etwa 15.000-20.000 Häftlinge (x126/91). Die Toten wurden größtenteils in der Nähe von Schmachtenhagen in Massengräbern bestattet. Etwa 5.000-7.000 Inhaftierte verschleppte man zur Zwangsarbeit in die UdSSR.

22.03.1950

DDR: Die politischen Häftlinge des gefürchteten Internierungslagers Bautzen protestieren am

22. März 1950 in einem Brief gegen die unmenschlichen Haftbedingungen im sog. "gelben Elend".

Entlassene Häftlinge des Internierungslagers Bautzen schmuggeln damals folgenden Brief in die Bundesrepublik Deutschland (x126/197-202):

>>Liebe Freunde!

Nachdem alle Protestschritte der Insassen des Lagers Bautzen keine Besserung der Verhältnisse bewirkt haben, richten wir diesen Notschrei und Hilferuf an die Weltöffentlichkeit.

Wir, das sind mehr als 6.000 Häftlinge, davon 1.000 Tbc-Kranke wenden uns an Euch und bitten, unseren Brief der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Diese 6.000 Menschen vegetieren unter unmenschlichen Verhältnissen und warten auf den Tod.

... Bei Übergabe des Straflagers von der sowjetischen an die deutsche Verwaltung betrug die Belegschaftsstärke der acht Säle ... durchschnittlich 400 Mann. Diese Überbelegung der Säle, wobei jedem Insassen eine Schulterbreite von ca. 34 cm als Schlaffläche auf den Holzpritschen zugebilligt wurde, hat infolge der immer schlechter werdenden Ernährung zu einer Erhöhung der Tbc-Krankenziffer um 15 % geführt.

Der schon ohnehin geschwächte Körper ist, nachdem die Verpflegung unter deutscher Regie noch einmal wesentlich schlechter wurde, dem Verfall völlig preisgegeben. ... Der Häftling hat in den hiesigen Massenunterkünften bei diesen Hungersätzen keine Aussicht auf Erhaltung der Gesundheit und des Lebens. Die Tbc-Krankenziffern steigen täglich. ... Die Ansteckungsgefahr ist gewaltig. Die morgendliche und abendliche Zählung wird in Kehrtstellung, mit dem Rücken zum Zählenden vorgenommen, denn selbst die Aufsichten fürchten sich vor Ansteckung. Selbst die geringe Tbc-Zusatzverpflegung, die die Sowjets in den Konzentrationslagern in Einzelfällen gewährten, wurde hier gestrichen. ...

In der Landesstrafanstalt Bautzen, in der normalerweise ca. 1.200 Häftlinge untergebracht waren, sind zur Zeit über 6.000 Menschen zusammengepfercht, die unschuldig unter Vorgabe unsinniger Gründe und Verdächtigungen durch sowjetische Militärtribunale zu durchschnittlich 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurden.

Alle wurden verhaftet oder entführt und sind, ohne daß die Angehörigen etwas über ihren Verbleib erfuhren, von einem Tribunal ohne Verteidiger, Staatsanwalt und ohne Zeugen, unter Hinzuziehung eines Dolmetschers, der kaum deutsch sprach, entgegen jeder Rechtsauffassung verurteilt worden.

Wir sind heute noch zu 350 und 400 Häftlingen in Sälen von 33 x 12 Metern untergebracht, deren vergitterte Fenster bis oben hin mit Blechblenden verschlossen sind. Als Waschschränke dienen alte Brotkästen. Seife gab es seit 3 Monaten keine. Die Fingernägel müssen wir abbeißen oder an zersprungenen Fensterscheiben abschleifen. Für die Zehennägel steht (für alle) eine alte Kneifzange zur Verfügung. 3 Toiletten, die oft ohne Wasserzuführung sind, kein Toilettenpapier, keine Zahnbürste, kein Fieberthermometer im Saal. Wenig, fast gar keine Medikamente in einer offenen Pappschachtel. Bei greller Beleuchtung harren wir von Tag zu Tag auf eine Erlösung.

Die Kleidung zerfällt am Leibe. Nadeln, Faden, Flickklappen und Stopfzeug sind verboten. Die Ergänzung der unbrauchbaren Wäsche ist völlig ungenügend. Selbst die Zustellung von Ostzonenzeitungen, die zur politischen Umerziehung der Häftlinge geliefert wurden, ist seit dem 1. März 1950 unterblieben, von Papier, Bleistift oder Büchern ganz zu schweigen.

Die Jugendlichen, die zum Teil mit 14 Jahren eingekerkert wurden, sind körperlich zurückgeblieben und geistig und moralisch verkommen. Sie haben keine Möglichkeit der Weiterbildung und sind mit ihrem unterernährten Körper den Seuchen und Krankheiten besonders ausgesetzt.

Die Verbindung mit den Angehörigen ist nicht mehr möglich. Am 12. Dezember 1949 ging die letzte Post von hier ab, nachdem seit Mai 1949 ein paar Briefe an die Angehörigen ge-

schrieben werden durften.

Die Wachtürme – neben der ca. 5 Meter hohen Mauer und dem vierfachen Stacheldraht, der elektrisch geladen ist, sind jetzt mit deutschen Volkspolizisten besetzt, die mit den Karabinern Anschlagübungen auf die Häftlinge vornehmen. Der tägliche Spaziergang von 30 Minuten muß in völligem Schweigen durchgeführt werden, zu je 8 Mann eingehakt, in genau angemessenen Entfernungen. Ein großer Teil der Insassen besitzt nur noch Reste von Schuhen und kann deshalb den Raum überhaupt nicht mehr verlassen.

Das Essen muß mit uralten, z.T. durchlöchernten, übelriechenden Holzbottichen aus der Küche geholt werden und wird aus den verschiedenen Schüsseln mit rohen Holzlöffeln eingenommen. Das Brot wird mit Holzmessern zerkleinert.

Als Liegestätten gibt es Reihenholzpritschen in unzureichender Anzahl. Die uralten dreckigen Strohsäcke sind nur noch mit Strohmehl gefüllt. Die Pritschen sind mit Ungeziefer, Wanzen und Flöhen verseucht. Eine Ungezieferbekämpfung gibt es nur dem Namen nach.

... Das Rote Kreuz und andere internationale Organisationen, die das Streben nach Menschlichkeit als ihr oberstes Ziel ansehen, sollen Zutritt zu diesem Elendslager fordern. ...

In unserer heutigen Zeit, die mindestens dieselbe ist, wie sie seit 5 Jahren in den Konzentrationslagern der sowjetischen Besatzungszone bestand, wenden wir uns an die westdeutsche Öffentlichkeit und das Weltgewissen.

Wir bitten alle Zeitungen und Rundfunkstationen, die Öffentlichkeit auszuklären und uns in die Erinnerung aller freien Menschen zurückzurufen. Wir richten diesen Appell an die Menschlichkeit aller derer, die sich dem unmenschlichen Regime, das hier am Tode und der Verzweiflung Tausender schuldig ist, nicht beugen wollen. Wir rufen die Menschen des Westens auf, denen zu helfen, die unschuldig in die Maschen der kommunistischen Terrorjustiz geraten sind.

WIR RUFEN DEN WESTEN! ...

DRINGENDE HILFE TUT NOT! Wenn nicht schnellstens geholfen wird, gehen wir alle zugrunde. 16.000-18.000 hat diese gelbe Elendslager bis heute an Todesopfern gekostet. Täglich kommen neue Opfer hinzu.

Wir rufen das Internationale Rote Kreuz und alle anderen internationalen Hilfsorganisationen!

Wir rufen alle Vereinigungen, Verbände, Gruppen, Parteien!

Wir rufen die kirchlichen und karitativen Verbände!

Wir wenden uns an alle freien und hilfsbereiten Menschen!

Helft uns!

Noch sind Tausende von unschuldigen Menschen zu retten.

Wir hoffen auf Euch! ...<<<

25.03.1950

Ungarn: Der Ministerrat der Volksrepublik Ungarn beschließt am 25. März 1950 eine Verordnung betreffend die Aufhebung der Anwendung der im Zusammenhang mit der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns erlassenen Einschränkungsv Verfügungen (x008/-105E-106E): >>Die Wiederherstellung der Gleichberechtigung der in Ungarn verbliebenen Volksdeutschen.

Verordnung Nr. 84/1950 (III. 25.) M. T. des Ministerrates der Volksrepublik Ungarn, betreffend die Aufhebung der Anwendung der im Zusammenhang mit der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns erlassenen Einschränkungsv Verfügungen.

(Verwaltungsordnungsnummer: 5.122., 5.530. und 8120.)

§ 1

1) Mit Inkrafttreten dieser Verordnung finden die im Zusammenhang mit der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns erlassenen Einschränkungsv Verfügungen keine Anwendung mehr.

2) Die im Sinne der im Absatz (1) erwähnten Verfügungen, bereits vor Inkrafttreten dieser Verordnung durchgeführten behördlichen Maßnahmen bleiben in Kraft, und aus ihnen können weder Schadensersatz- oder sonstige Ansprüche hergeleitet werden.

3) Strafrechtliche oder Verwaltungsverfahren, die wegen eines Verstoßes gegen die in Absatz (1) erwähnten Verfügungen vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung eingeleitet wurden, sind ebenso wie die in ihrem Verlauf bereits ergangenen Beschlüsse oder getroffenen Maßnahmen nicht länger durchführbar.

§ 2

Der betroffenen Person ist gemäß § 1 Absatz (1) ein sich in ihrem tatsächlichen Besitz befindliches Grundstück, das nicht größer als zehn Katastraljoch ist, zu belassen.

§ 3

1) Alle Personen, die unter die Bestimmungen der Umsiedlungsverfügungen fallen, ohne umgesiedelt worden zu sein, ebenso wie diejenigen, die zwar umgesiedelt worden sind, die sich aber im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung in Ungarn aufhalten und gemäß der einschlägigen Verfügungen ihrer Meldepflicht entsprochen haben, sind ungarische Staatsangehörige und mit den übrigen in jeder Hinsicht gleichberechtigte Bürger der ungarischen Volksrepublik.

2) Denjenigen Personen, die unter die Bestimmungen der Umsiedlungsverfügungen fallen, ohne daß auf sie die in Absatz (1) festgelegten Voraussetzungen zutreffen, kann der Innenminister in schutzwürdigen Fällen die ungarische Staatsangehörigkeit verleihen, wenn sie sich als hierfür würdig erweisen. Entsprechende Anträge sind innerhalb von 6 Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung über den ersten Beamten eines kommunalen Selbstverwaltungsverbandes bzw. über eine ungarische Auslandsvertretung einzureichen.

Doby István m. p., der Vorsitzende des Ministerrates.

Übersetzt aus "Magyar Közlöny" Nr. 52 vom 25. März 1950, S. 402 ff.<<

Die Aussiedlung der Volksdeutschen wird damit offiziell eingestellt, denn sie werden wieder zu ungarischen Staatsbürgern erklärt. Diese Gleichstellung wirkt sich für die Deutschen jedoch verhängnisvoll aus, weil sie als ungarische Staatsangehörige keine Ausreisegenehmigung erhalten. Da jetzt weder eine Aus- noch Einreise möglich ist, gibt es zunächst keinen Weg mehr, um auseinandergerissene Familien wieder zusammenzuführen (x008/69E-70E).

31.03.1950

DDR: Im gefürchteten DDR-Zuchthaus Bautzen ("dem sog. gelben Elend") protestieren am 31. März 1950 mehrere tausend politische Häftlinge gegen die unmenschlichen Haftbedingungen (x126/197): >>Wir haben Hunger! ... Freiheit! ... Wir rufen das Rote Kreuz! ...<<

Nach Abbruch der Protestaktion stürmen DDR-Polizeieinheiten das Zuchthaus, um die Häftlinge mit Gummi- und Holzknüppeln zu bestrafen.

März 1950

Polen, Ostdeutschland: Im Rahmen der sog. "Aktion Link" werden von März 1950 bis Ende 1951 fast 44.000 Deutsche aus getrennten Familien zusammengeführt und nach Westdeutschland geholt (x001/154E).

Die polnischen Behörden halten sich allerdings nicht an die Vereinbarungen. Meistens werden nicht die angeforderten Personen ausgewiesen, sondern oft handelt es sich um Kranke, Alte oder aus anderen Gründen arbeitsunfähige Deutsche (x001/155E).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die letzten Vertreibungen der Deutschen aus Polen und den polnisch verwalteten Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/153E-157E): >>... Erst im Sommer 1949 wurde auch ein großer Teil der Arbeitsfähigen erfaßt, und die Entlassungen, die Auflösung ganzer Lager, und die Ausweisungstransporte erreichten jetzt ihren Höhepunkt, bis sie im Jahre 1950 im wesentlichen beendet waren.

Die zur Entlassung Bestimmten wurden von ihren Arbeitsstellen, die überall im Lande verteilt waren, nach den für sie zuständigen Zentrallagern befördert. Dort wurden die Entlassungen vorgenommen und die Transporte zusammengestellt. Besonders vom Lager Potulice bei Bromberg und vom Lager Sikawa bei Lodz gingen 1949 zahlreiche Transporte mit je durchschnittlich 2.000 Deutschen nach Deutschland ab.

Nach den jahrelangen schweren Leiden erschien fast allen Deutschen aus Polen die Ausweisung als eine Erlösung. Die Empfindung des Dankes und die Freude darüber, die zurückliegenden Bedrängnisse und menschenunwürdigen Lebensverhältnisse überlebt zu haben und endlich von ihnen befreit zu sein, überdeckten für einen Moment die Erkenntnis des schweren Loses, das die zwangsweise Ausweisung aus der seit Generationen bewohnten Heimat bedeutete.

Schon bei den Ausweisungen in den Jahren 1947 bis 1949 ließ sich erkennen, daß den polnischen Behörden nicht mehr in gleichem Maße wie vorher an einer Aussiedlung der Deutschen gelegen war. Die Ansiedlung von Polen in den ostdeutschen Städten und Dörfern machte kaum noch Fortschritte, und es zeigte sich, daß man die frühere Bevölkerungs- und Produktionskapazität der deutschen Ostgebiete nach der Ausstoßung der deutschen Bevölkerung nicht wieder erreichen würde.

Es setzte sich deshalb immer mehr die Erkenntnis durch, daß eine weitere restlose Ausweisung der noch im Lande befindlichen Deutschen eine wirtschaftliche Schädigung Polens bedeutete, zu der man es um so weniger kommen lassen durfte, als infolge der zunehmenden Sowjetisierung aller Lebensbereiche, wie in den anderen volksdemokratischen Staaten so auch in Polen, die Steigerung der Produktion und die Erfüllung der Wirtschaftspläne zum obersten politischen Gebot geworden waren.

Um eine weitere Verminderung der in Polen lebenden arbeitsfähigen Bevölkerung und eine dadurch bedingte Herabsetzung der wirtschaftlichen Kapazität Polens zu verhindern, wurde nach den letzten umfassenden Ausweisungen im Jahre 1949 neue Abtransporte von Deutschen zu verhindern gesucht.

Der nationalpolnische Chauvinismus, der ursprünglich zur Ausweisung aller Deutschen getrieben hatte, war zwar noch lange nicht erloschen, doch er wurde durch die kommunistischen Wirtschaftsprinzipien der Warschauer Regierung in den Hintergrund gedrängt.

Infolge des Abstoppens der Ausweisungen kam es zu zahlreichen gewaltsamen Trennungen von Familienangehörigen. Frauen blieben in Polen oder Ostdeutschland zurück, deren Männer bei ihrer Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft nach Mittel- oder Westdeutschland gekommen waren, und zahlreiche Deutsche, selbst Kinder, wurden nun als wichtige Arbeitskräfte in Polen und den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten festgehalten, obwohl ihre engsten Angehörigen schon lange ausgewiesen waren.

Um diesen Zustand zu beheben, haben britische Behörden unter Mitwirkung des Deutschen Roten Kreuzes die sogenannte Aktion Link in die Wege geleitet mit dem Ziele, die getrennten Familien zusammenzuführen.

Im Rahmen dieser Aktion, die vom März 1950 bis Ende 1951 andauerte, sind noch einmal fast 44.000 Deutsche über die Oder-Neiße-Linie nach Westdeutschland gekommen. Allerdings haben die polnischen Behörden auch hier nicht die Vereinbarung eingehalten, indem sie meist nicht die angeforderten von ihren Angehörigen in Westdeutschland getrennten Personen auswiesen, sondern in der Mehrzahl kranke, alte oder aus anderen Gründen arbeitsunfähige Deutsche, auf deren Verbleiben in den polnisch verwalteten Ostgebieten sie wenig Wert legten.

Seit dem Ende der Aktion Link sind nach Westdeutschland und offenbar auch nach der sowjetischen Besatzungszone nur noch ganz vereinzelt Deutsche über die Oder-Neiße-Linie nach Westen gekommen. Die Ausweisungen von Deutschen aus den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten und aus Polen scheinen damit ihr Ende gefunden zu haben.

Versucht man die einzelnen Etappen der Ausweisung ihrer Größenordnung nach durch Zahlen zu verdeutlichen, so ergibt sich etwa das folgende Bild:

<i>Die einzelnen Etappen der Ausweisung.</i>	<i>Anzahl der Ausgewiesenen:</i>
Vor dem Potsdamer Abkommen (Juni/Juli 1945)	
vor allem aus Ostbrandenburg, Ostpommern und Niederschlesien:	250 000
Vom Spätsommer bis Spätherbst 1945	
aus allen ostdeutschen Gebieten mit Ausnahme des sowjetisch verwalteten Ostpreußens:	400 000
Während des Jahres 1946	
vor allem aus Schlesien, Ostpommern und dem polnisch verwalteten Ostpreußen:	2 000 000
Während des Jahres 1947	
aus allen polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten und aus dem sowjetisch verwalteten Ostpreußen:	500 000
Während des Jahres 1948	
aus dem sowjetisch verwalteten Ostpreußen und aus Polen	150 000
Während des Jahres 1949	
aus dem sowjetisch verwalteten Ostpreußen und aus Polen	150 000
In den Jahren 1950—1951	
im Rahmen der <i>Aktion Link</i> :	50 000
Insgesamt:	3 500 000

Nachdem 1950/51 mit den letzten größeren Ausweisungstransporten aus Polen und den polnisch verwalteten Gebieten die Ausweisung der Deutschen zum Stillstand gekommen war und Hunderttausende von Deutschen schon vorher infolge der katastrophalen Lebensverhältnisse, unter denen sie besonders in den Jahren 1945 und 1946 zu leben hatten, zugrundegegangen waren, blieb von der Bevölkerung deutscher Staatsangehörigkeit, die bei Kriegsende in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße gelebt hatte, und von den Deutschen, die ehemals in Danzig und in Polen ansässig gewesen waren, noch insgesamt etwa eine Million zurück.

Gegenüber diesen Menschen, von denen ein kleiner Teil auf Grund der Zugehörigkeit zum polnischen Volkstum oder zur polnischen Sprachgemeinschaft freiwillig die polnische Staatsbürgerschaft angenommen hatte, wurde nun nach Abschluß der Ausweisungen in erhöhtem Maße die Politik der Zwangsoptionen aufgenommen, durch die die noch im Lande befindlichen Deutschen dem polnischen Staat eingegliedert werden sollten.

Noch in dem Dekret der polnischen Regierung vom 28. April 1946 war daran festgehalten worden, daß die polnischen Bürgerrechte nur denjenigen Personen ehemaliger deutscher Staatsangehörigkeit zustanden, deren polnische Volkszugehörigkeit nachgewiesen werden konnte und die gegenüber dem polnischen Volk und Staat eine "Treue-Erklärung" geleistet hatten.

Da sich nur sehr wenige von den damals noch im Lande befindlichen Personen deutscher Staatsangehörigkeit als Polen fühlten und von der Möglichkeit, die polnische Staatsbürgerschaft zu erlangen, Gebrauch machten, haben die polnischen Behörden vielerorts versucht, allen denen die polnische Staatsbürgerschaft aufzuzwingen, die sie auf Grund irgendwelcher äußerst fragwürdiger Voraussetzungen, etwa weil sie polnisch klingende Namen besaßen oder weil sie polnische Sprachkenntnisse hatten, als autochthone Polen reklamieren zu können glaubten. —

Später wurden diese verzweifelten Versuche, einen beachtlichen Teil der noch in ihrer Heimat lebenden Deutschen als Polen zu deklarieren, jedoch fallen gelassen. Durch das Dekret vom 8. Januar 1951 wurde verordnet, daß allen Personen ehemals deutscher Staatsangehörigkeit, die sich noch in Ostdeutschland befinden, gleich ob sie deutscher oder polnischer Volkszugehörigkeit sind, ob sie polnisch oder deutsch sprechen, die polnische Staatsbürgerschaft zusteht. Auf Grund dieser Bestimmung erhöhte sich überall in den polnisch verwalteten Gebieten Ostdeutschlands der auf die Deutschen ausgeübte Druck, für Polen zu optieren.

Wie viele Deutsche diesem Druck inzwischen nachgegeben haben, ist gegenwärtig kaum feststellbar. Sicher ist jedoch, daß sehr viele von ihnen noch heute eine Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft verweigern, weil sie fürchten müssen, damit endgültig die Aussicht auf ein Entrinnen aus einem ideologisch und national fremden Staatsgebilde und ihren Anspruch auf eine Zusammenführung mit ihren in Mittel- oder Westdeutschland lebenden Angehörigen zu verlieren.

Vom Deutschen Roten Kreuz allein wurden bisher insgesamt 204.000 Deutsche aus Polen und den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten registriert, die ihre Überführung nach Deutschland beantragt haben. Eine solche Entwicklung konnte von der polnischen Regierung auch dadurch nicht aufgehalten werden, daß sie die Diskriminierungen der Deutschen aufhob und zuließ, daß heute in manchen Gegenden und Orten Schlesiens und Pommerns wieder regelmäßige deutsche Gottesdienste abgehalten werden und deutsche Schulen wiedererrichtet sind, was zweifellos darauf hinzielte, die Deutschen zum Bleiben und zur Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft zu bewegen.

Aus alledem wird deutlich, wie sehr sich die Situation gegenüber 1945 in ihr Gegenteil verkehrt hat. Waren die Polen damals an einer möglichst schleunigen Vertreibung interessiert, so sehen sie sich heute dazu gezwungen, entweder durch Drohungen oder durch Entgegenkommen die Deutschen als Staatsbürger zu gewinnen.

Indem die Leiter des polnischen Staates durch ihre Maßnahmen zu erkennen geben, daß sie die radikale Vertreibungspolitik - aus welchen Gründen auch immer - selbst nicht mehr gutheißen, wird in sehr eindringlicher Weise deutlich, daß die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung in jeder Hinsicht eine politische Fehlentscheidung war.

Sie brachte unsägliches Leid und erschreckend hohe Menschenverluste über ein Volk, belastete eine ganze Nation, ja, ganz Europa und die westliche Welt mit dem schier unlösbaaren Problem der Vertriebenen und schadete im letzten Grunde auch dem polnischen Volk mehr, als es ihm nutzte.

Die Vertreibung hat damit längst aufgehört, ein internes deutsches Problem zu sein; sie ist zu einer Frage geworden, die die politische und soziale Ordnung und Sicherheit der ganzen westlichen Welt gefährdet.

Diese ihre Wirkungen auch nur zu umreißen, überschreitet den Rahmen dieser Darstellung, die sich darauf beschränken sollte, schlicht und im vollen Wissen um das Fragmentarische eines solchen Versuches, den Hergang der großen Katastrophe Ostdeutschlands zu erzählen. Was diesem knappen Bericht an Farbe und Unmittelbarkeit fehlt, soll das Wort derjenigen ergänzen, die selbst die Opfer des großen Unheils und Unrechts gewesen sind.<<

Włodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schreibt später über die Umsiedlung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x294/103): >>... Nach 1951 handelte es sich um noch kleinere Gruppen, die im Rahmen der Familienzusammenführung nach Deutschland ausreisten; die Umsiedlung wurde jetzt von dem staatlichen Touristikunternehmen "Orbis" durchgeführt. Die Ausreise über die im Stalinismus dicht geschlossene Grenze war zu einem Privileg geworden und sollte es im Wesentlichen bis in die späten achtziger Jahre hinein bleiben. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Verluste der deutschen Zivilbevölkerung östlich der Oder-Neiße (x001/157E-160E):

>>... Der Bericht über den Verlauf der Vertreibung aus dem Osten bliebe unvollständig ohne den Versuch, etwas über das Ausmaß der dabei eingetretenen Menschenverluste auszusagen und Zahlen zu nennen, durch die in sehr eindringlicher Weise bestätigt wird, was in den Erlebnisberichten über die unmenschlichen Formen der Vertreibung berichtet ist. Es muß dabei allerdings betont werden, daß darüber gegenwärtig und wohl niemals in vollem Umfange exakte, bis ins einzelne statistisch belegbare Angaben gemacht werden können.

Da die bei der Vertreibung entstandenen Verluste nirgends registriert worden sind, kann ihre Höhe heute nur noch nachträglich indirekt errechnet werden. Sie läßt sich einigermaßen aus der Differenz zwischen der Anzahl derjenigen Ostdeutschen ermitteln, die vor der Vertreibung östlich der Oder lebten, und der Zahl derer, die davon entweder als Vertriebene im Gebiet der Bundesrepublik und der Sowjetzone registriert wurden oder heute noch in der Heimat leben.

Verluste der ostdeutschen Bevölkerung durch Kriegseinwirkungen und infolge der Vertreibung (1939—1950).

Reichsgebiete jenseits der Oder und Neiße	Bevölkerungsstand von 1939 plus Bevölkerungszuwachs während der Kriegszeit ²⁾	Anzahl der Vertrieb. aus d. Reichsgeb. östlich der Oder-Neiße i. Bundesgeb. u. d. Sowjet-Zone ³⁾	Noch in ihrer Heimat befindlich ⁴⁾	Differenz (Verluste durch Kriegseinwirkung u. Vertreibung)
Ostpreußen	2 619 000	1 930 000	75 000	614 000
Ostpommern	1 985 000	1 495 000	50 000	440 000
Ostbrandenburg	659 000	410 000	10 000	239 000
Schlesien	4 824 000	3 250 000	700 000	874 000
Insgesamt	10 087 000	7 085 000	835 000	2 167 000

2)-4): x001/158E.

Das Ergebnis der obigen Aufstellung zeigt, daß die deutsche Bevölkerung in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße (Grenzen von 1937) durch Kriegseinwirkung und infolge der Vertreibung einen Gesamtverlust von 2,17 Millionen Menschen zu beklagen hatte.

Da die Zahl der Gefallenen und in Gefangenschaft verstorbenen ostdeutschen Soldaten sicher nicht mehr als eine halbe Million betragen hat und die Zahl der vor Beginn der Flucht den Bombenangriffen zum Opfer gefallenen Zivilpersonen in Ostdeutschland kaum höher als 50.000 liegen dürfte, ergibt sich, daß allein während des Gesamtprozesses der Vertreibung 1,6 Millionen Deutsche aus den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße umgekommen sind, das ist 15,8 Prozent der Gesamtbevölkerung Ostdeutschlands vor Kriegsende. Die Höhe dieser Verluste wird daran deutlich, daß sie mehr als das Dreifache derer beträgt, die infolge des Krieges unter den ostdeutschen Soldaten entstanden. –

Es hat sich dabei erwiesen, daß die Zahl der Opfer bei den Deutschen, die unter russisch-polnische Herrschaft gerieten, durchschnittlich mehr als das Dreifache aller im Verlaufe der Flucht Umgekommenen beträgt.

Die wahllosen Erschießungen beim Einzug der Roten Armee, die Einlieferung großer Teile

der ostdeutschen Bevölkerung in Zwangsarbeitslager und Gefängnisse, die allgemeine Hungersnot und die zahlreichen in den Jahren 1945/1946 herrschenden Epidemien, schließlich auch die Vorgänge während der Deportation nach Rußland und der Zwangsaustreibung haben weit mehr Deutschen das Leben gekostet als manche Ereignisse während der Flucht, wie z.B. der Haffübergang, das Bombardement von Dresden und zahlreiche Schiffsuntergänge.

Das bedeutet, daß die Verlustquote der nach 1945 in der Heimat Zurückgebliebenen sicher höher war als die Durchschnittszahl von 15,8 Prozent aussagt.

Prozentual noch höher als in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße waren die Verluste der deutschen Bevölkerung im Gebiet der Freien Stadt Danzig und im polnischen Staatsgebiet. In Danzig lebten nach der Personenstandsaufnahme vom 10. Oktober 1941 404.000 Deutsche; 1950 waren im Bundesgebiet, in Berlin und der Sowjetzone rund 300.000 Vertriebene aus Danzig registriert, so daß - da nur einige wenige Deutsche heute noch in Danzig leben - mit einem Gesamtverlust von rund 100.000 Danzigern, d.h. 25 Prozent, zu rechnen ist.

Eine Verlustermittlung für die Deutschen, die 1944 auf polnischem Territorium (Grenzen von 1937) lebten, ist gegenwärtig nur für die alteingesessene volksdeutsche Bevölkerung möglich. Sie ergibt folgendes Bild:

Verluste der deutschen Bevölkerung in Polen 1939—1950.

Alteingesessene dt. Bevölkerung in Polen (Grenzen von 1937) nach d. Stande v. 1939 ²⁾	Davon bis 1950 im Bundesgebiet, i. d. Sowjetzone u. in Berlin registriert	Noch in Polen befindlich	Differenz (= Verluste)
958 000	666 000	75 000	217 000 (22,5 %) ³⁾

2)-3): x001/160E.

Nicht wesentlich anders als das Schicksal der alteingesessenen Deutschen in Polen hat sich das Los der während des Krieges in westpolnischen Gebieten angesiedelten deutschen Umsiedler und der aus dem Reich zugezogenen Deutschen (insgesamt rund 800.000) gestaltet. Auch unter ihnen wird es demnach ähnlich hohe Verluste gegeben haben.

Alles in allem ist damit zu rechnen, daß mindestens 400.000 Deutsche aus Danzig und den polnischen Gebieten (Grenzen von 1937) den langjährigen Vertreibungsprozeß von der Flucht vor der Roten Armee bis zur Ausweisung nicht überlebten. –

Die erschreckende Höhe der Menschenverluste unter der deutschen Bevölkerung Polens und Danzigs erklärt sich aus der Tatsache, daß der überwiegende Teil dieser Menschen 1945 in Lagern untergebracht wurde, in denen infolge von Mißhandlungen und Gewalttaten, auf Grund der schlechten Ernährung, absolut unhygienischer Verhältnisse und zahlreicher Seuchen und Epidemien eine Sterblichkeit von ungewöhnlichem Ausmaße herrschte.

Die Gesamtzahl der infolge der Vertreibung östlich der Oder und Neiße umgekommenen deutschen Zivilpersonen erhöht sich durch die hohen Verluste der Deutschen aus Polen und Danzig auf rund 2 Millionen. Dies bedeutet, daß im Laufe des Vertreibungsprozesses etwa der sechste Teil der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße ums Leben gekommen ist.<<

Die reichs- und volksdeutschen Nachkriegsverluste

Reichs- und volksdeutsche Nachkriegsverluste in den Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937), in den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland und in der sowjetischen Besatzungszone in Mitteldeutschland (ohne Wehrmachtssterbefälle und zivile Kriegsoffer):

	Verluste der einheimischen deutschen Zivilbevölkerung		Verluste der reichsdeutschen Zivilisten 2)	%	Nachkriegsverluste; insgesamt
Ostpreußen	277.400		5.500	14,4	282.900
Ostpommern	328.900		10.800	23,5	339.700
Ostbrandenburg	172.500		13.800	40,8	186.300
Schlesien	446.100		20.400	14,2	466.500
Deutsche Ostprovinzen	1.224.900		50.500	-	1.275.400
Memelland	28.100		300	21,0	28.400
Danzig	89.900		1.600	31,7	91.500
Polnische Gebiete des Reichsgaues Danzig-Westpreußen	43.000		6.900	27,5	49.900
Reichsgau Wartheland, Ostoberschlesien und Generalgouvernement	142.000		40.100	27,5	182.100
Polnische Gebiete	274.900		48.600	-	323.500
Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren sowie Slowakei	266.600		53.000	9,1	319.600
Estland, Lettland und Litauen	22.500		.	.	22.500
Jugoslawien	135.800		.	.	135.800
Rumänien	101.000		.	.	101.000
Ungarn	57.000		.	.	57.000
Baltikum und Balkan	316.300		.	.	316.300
Deutsche Siedlungsgebiete im Ausland	885.900		101.900	-	987.800
Ost-Mitteleuropa	2.110.800	1)	152.400	-	2.263.200
Sowjetunion	350.000	3)	-	-	350.000
Mitteldeutschland (SBZ)	188.800	4)	-	-	188.800
Insgesamt	2.649.600		152.400	-	2.802.000
Zivile Kriegsverluste	(11.500)	5)	(430.000)	-	(441.500)

Quellen: 1) "Statistische Berichte" des Bundesamtes Wiesbaden vom 4.11.1959, S. 20 (x026/-30).

2) Von der Flucht und Vertreibung direkt betroffene Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete, die aus den westlichen Reichsgebieten stammten. Diese Nachkriegsverluste wurden aufgrund der durchschnittlichen ostdeutschen Verlustquoten errechnet (2,5 % der direkt Betroffenen - x016/79).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil ermittelte später, daß die Verluste der zugezogenen Reichsdeutschen mit mindestens 220.000 Opfern anzusetzen sind (x025/75).

3) Zwangsverschleppung innerhalb der Sowjetunion (Verluste während des Zweiten Weltkrieges = ca. 239.000 Rußland-Deutsche - x026/31), Verschleppung von Zwangsrepatriierten aus dem Deutschen Reich in die UdSSR (Verluste = ca. 111.000 Rußland-Deutsche - x026/91). Nach Angaben der rußland-deutschen Volksgruppe starben sogar über 400.000 Rußland-Deutsche (x026/31).

4) Im Jahre 1945 kamen in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) etwa 115.000 Mitteldeutsche um. Von 1945-50 ereigneten sich in den SBZ-Konzentrationslagern außerdem über 65.000 Sterbefälle (x009/228). Weitere 8.800 mitteldeutsche Verschleppungsoffer ("Strafge-

fangene" und andere Zwangsarbeiter) starben in sowjetischen Deportationslagern (x026/63,91).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schätzte, daß der sowjetische Einmarsch in Westpommern, Westbrandenburg und Berlin bereits etwa 240.000 Menschenleben forderte (x026/56).

5) Nach offiziellen Angaben starben in den Jahren 1939-45 im Deutschen Reich "nur" 441.500 deutsche Zivilisten durch Kriegseinwirkungen (x016/78).

Der deutsche Historiker Gerhard Hümmelchen ermittelte jedoch später, daß allein während der anglo-amerikanischen Luftangriffe ca. 609.000 Deutsche getötet und 917.000 verletzt wurden (x051/364).

Die Verluste der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen wurden nach langjähriger Forschungs- und Untersuchungsarbeit durch Wissenschaftler und Experten des Statistischen Bundesamtes ermittelt. Diese Statistiken, die man erst im Jahre 1959 veröffentlichte, gehören sicherlich zu dem bestgesicherten Zahlenmaterial der zeitgeschichtlichen deutschen Forschung. Bei diesen Ermittlungen setzte man bewußt nur Mindestverluste an, die nach Abschluß der Kampfhandlungen entstanden. Tausende von Flüchtlingen und Vertriebenen, die nach der Ankunft im besetzten Mittel- und Westdeutschland an den Folgen der erlittenen Mißhandlungen und Strapazen, an Hunger und Seuchen starben, wurden nicht berücksichtigt.

In den amtlichen Statistiken blieben auch die ungezählten Vergewaltigungsoffer (mindestens 2,0 Millionen Frauen und Mädchen), deren Leben durch die Sexualverbrechen lebenslänglich schwer belastet bzw. zerstört wurde, unberücksichtigt.

"KNAURS Lexikon" (1953; S. 481) notierte, daß während der Flucht und Ausweisung etwa 2,5 Millionen Deutsche zugrunde gingen (x038/481).

Der Kirchliche Suchdienst München ermittelte im Jahre 1965 (sog. "Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals des deutschen Volkes in den Vertreibungsgebieten") für Ost-Mitteleuropa (außer UdSSR und ohne reichsdeutsche Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete) rd. 2,3 Millionen Tote und ungeklärte Fälle (Verschollene). Da seit dem Kriegsende bereits Jahrzehnte vergangen sind, müssen die Verschollenen als umgekommen gelten (x025/248).

Das Bundesarchiv Koblenz berichtet im Jahre 1974 über die sog. deutschen Vertreibungsverluste (x010/54): >>Bei den Schätzungen des Statistischen Bundesamtes zur Ermittlung der Verluste, ... ergeben sich nach Abzug geschätzter Kriegsverluste und nach Ermittlung der in der Bundesrepublik Deutschland und Schätzung der in der DDR sowie in Heimatgebieten im Jahre 1950 lebenden Personen eine Gesamtzahl von ca. 2,2 Millionen "ungeklärter Fälle" in sämtlichen Vertreibungsgebieten (außer UdSSR und ohne reichsdeutsche Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete). Sie werden auch als "Nachkriegsverluste" bezeichnet. ...<<

Dr. Gerhard Reichling (langjähriger Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes) errechnete für die Vertreibungsgebiete in Ost-Mitteleuropa (ohne reichsdeutsche Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete) insgesamt 2.220.000 Todesopfer (x037/60).

Im "dtv-Atlas zur Weltgeschichte" (1989; Band 2, S. 499) wurden die deutschen Vertreibungsverluste mit über 3,0 Millionen angegeben (x061/499).

Wieviel deutsche Zivilisten auf der Flucht, durch Kampfhandlungen, Befreiungsverbrechen, Selbstmorde, Zwangsverschleppungen, Vertreibungsmaßnahmen oder langjährige Zwangsarbeit tatsächlich umkamen, wird man verständlicherweise niemals genau feststellen können.

02.04.1950

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 2. April 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/110): >>2. April 1950. Die Transporte aus den polnisch besetzten Gebieten rollen. Menschen, Menschen kommen in Friedland an. ...

Aber wo sollen sie wohnen? Wer vermag sie zu kleiden? Wie werden sie ihren Unterhalt verdienen?

Und die vielen alten Leute ... Wer wird für sie sorgen?
Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen sind bereits in den Westzonen aufgenommen
worden.
Und immer weiter fließt der große Strom von Ost nach West.<<